

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

politisches

Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

Juli 94

01.07.1959 Vor 35 Jahren: Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten gewählt

03.07.1919 Vor 75 Jahren: Entscheidung für "Schwarz-Rot-Gold"

04.07.1954 Vor 40 Jahren: Das "Wunder von Bern": Deutschland ist Fußballweltmeister

05.07.1991 Vor 3 Jahren: Kohl und Gorbatschow: Letztes offizielles Treffen in Kiew

15.07.1949 Vor 45 Jahren: Durchbruch für die "Soziale Marktwirtschaft"

17.07.1954 Vor 40 Jahren: "Papa Heuss" wiedergewählt

20.07.1944 Vor 50 Jahren: Das Attentat des 20. Juli

21.07.1989 Vor 5 Jahren: Fluchtbewegung aus der DDR

25.07.1949 Vor 45 Jahren: Thomas Mann erstmals wieder in Deutschland

25.07.1984 Vor 10 Jahren: Bonn garantiert DDR-Kredit

Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten gewählt

Am 1. Juli 1959 - heute vor 35 Jahren - wird der bisherige Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke von der Bundesversammlung in Berlin zum zweiten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Der 65jährige Lübke ist der Präsidentschaftskandidat der CDU/CSU; im zweiten Wahlgang erhält er mit 526 Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit. Auf Carlo Schmid, den Kandidaten der SPD, entfallen 386 Stimmen, auf Max Becker, den Kandidaten der FDP, 99 Stimmen.

Lübke übernimmt kein leichtes Amt. Zum einen hat Bundeskanzler Konrad Adenauer vorübergehend selbst mit dem Gedanken gespielt, als Nachfolger von Theodor Heuss in die Villa Hammerschmidt einzuziehen; zum andern hat Heuss in den zehn Jahren seiner Präsidentschaft das Amt geprägt und einen denkbar hohen Anspruch an jeden Nachfolger hinterlassen. Die Erwartungen an Lübke sind also erheblich; vielen gilt der Schöpfer des "Grünen Plans" jedoch nicht unbedingt als ein Politiker aus der allerersten Reihe, und manchem Bürger ist er trotz seiner sechs Jahre als Bundesernährungsminister schlicht unbekannt.

Überschattet wird der Wahlakt von Drohungen seitens der Sowjetunion und der DDR; anders als noch fünf Jahre vorher, bei der Wiederwahl von Heuss, löst der Tagungsort Berlin diesmal heftige Proteste in Moskau und Ost-Berlin aus. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier erklärt deshalb bei der Eröffnung der Bundesversammlung, ihre Einberufung nach Berlin sei auch deshalb erfolgt, weil "wir der Einheit unserer Nation auch im Elend der Teilung treu bleiben wollen". Gerade nach dem sowjetischen Berlin-Ultimatum vom November 1958 solle alles unterbleiben, "was unsere Beständigkeit darin in Zweifel gezogen hätte". Im übrigen "beabsichtigen wir damit niemand auf der ganzen Welt im mindesten zu provozieren".

Lübkes Amtsperiode beginnt am 13. September 1959. Wie alle seine Nachfolger möchte er ein "politischer" Präsident sein. Zumindest in zweierlei Hinsicht gelingt ihm dies auch: sein besonderes Engagement für die Entwicklungsländer und seine zahlreichen Reisen in diese Regionen machen den Menschen in Westdeutschland erstmals nach dem Krieg bewußt, daß es auch jenseits der eigenen Grenzen Probleme und Aufgaben - und noch eine ganz andere, eben die "dritte" Welt gibt. Innenpolitisch läßt Lübke schon früh erkennen, daß er aus grundsätzlichen Überlegungen zu den Befürwortern einer großen Koalition gehört. Nicht zuletzt aus diesem Grund verzichtet die SPD 1964, nach Ablauf von Lübkes erster Amtszeit, auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten; im Juli 1964 wird Lübke - wieder in Berlin - mit überwältigender Mehrheit für eine zweite Amtsperiode gewählt. Als im Dezember 1966 die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Führung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt tatsächlich zustande kommt, gehört der Bundespräsident Lübke zu denjenigen, die sie seit langem hinter den Kulissen gefördert haben.

Entscheidung für "Schwarz-Rot-Gold"

Am 3. Juli 1919 - heute vor 75 Jahren - stimmt die Weimarer Nationalversammlung über die künftigen deutschen Reichsfarben ab. Abgelehnt werden Anträge der äußersten Linken auf Rot und der äußersten Rechten auf Schwarz-Weiß-Rot, die Farben des untergegangenen Kaiserreichs. Die Entscheidung fällt für Schwarz-Rot-Gold.

"Schwarz-Rot-Gold": das ist in der aufgewühlten Situation der damaligen Zeit nicht etwa eine Bagatelle, sondern eine hochpolitische Angelegenheit. Die Wurzeln der Farbenkombination gehen zurück auf die Befreiungskriege gegen Napoleon; beim Wartburgfest der deutschen Burschenschaften 1817 und beim Hambacher Fest von 1832 stehen sie gleichermaßen für Nationalstaat und Verfassung - also für Einheit und Freiheit der Deutschen. - Nur folgerichtig deshalb, daß die Frankfurter Paulskirchenversammlung 1848 die Bundesfarben schwarz-rot-gold wählt. Im Kaiserreich fällt die Entscheidung allerdings für "Schwarz-Weiß-Rot" - und daran möchten die Parteien der politischen Rechten auch in Weimar am liebsten festhalten.

Die Entscheidung zugunsten der "Reichsfarben" Schwarz-Rot-Gold (niedergelegt in Art. 3 der Weimarer Verfassung) müßte deshalb eigentlich ein unzweideutiges Symbol für den demokratischen, parlamentarischen und republikanischen Neubeginn sein. Müßte - denn heute vor 75 Jahren, an eben diesem 3. Juli 1919, fällt die Nationalversammlung zugleich eine weitere, fatale Entscheidung: die deutsche Handelsflagge soll schwarz-weiß-rot bleiben. Damit ist das groteske Durcheinander der nächsten Jahre bereits vorgezeichnet - und auch in diesem Fall wird sich erweisen, daß die Symbole der Weimarer Republik in einem unsäglichen und würdelosen innenpolitischen Streit unter die Räder kommen.

Jeder flaggt künftig bei entsprechenden Anlässen, was ihm (politisch) gerade paßt, und das gilt auch für staatliche Institutionen. Und wie fast immer, wenn in Weimar ein klares Bekenntnis zur demokratischen Republik gefragt ist, finden sich auch in der Flaggenfrage Richter und Gerichte, die sich als politische Falschmünzer betätigen. Kein Wunder also, daß das fortgesetzte Gezänk und Gezerre um die Reichsfarben das Ansehen der staatlichen Ordnung insgesamt nachhaltig schädigt - genau der Ordnung, die diese Farben eigentlich symbolisieren sollen!

Nach der zwölfjährigen Orgie von Hakenkreuzfahnen unter der Gewaltherrschaft der Nazis ist es für die Väter und Mütter des Grundgesetzes keine Frage, wo sie anzuknüpfen haben. Am 3. November 1948 entscheidet der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rats in Bonn für die Tradition von Einheit und Freiheit. Artikel 22 Grundgesetz sagt: "Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold."

Das "Wunder von Bern": Deutschland ist Fußballweltmeister

Am 4. Juli 1954 - heute vor 40 Jahren - ereignet sich das "Wunder von Bern": Im Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in der Schweiz siegt nach dramatischen 90 Minuten im Berner Wankdorf-Stadion der krasse Außenseiter Deutschland über die hochfavorisierte Mannschaft der Ungarn mit 3:2. Legendär wird die Endspielreportage Herbert Zimmermanns, die daheim in Deutschland Millionen Menschen an den Rundfunkgeräten in ihren Bann schlägt ("Toni, Toni, du bist ein Fußballgott . . . Schäfer nach innen geflankt - Kopfball - abgewehrt, aus dem Hintergrund müßte Rahn schießen, Rahn schießt - - TOR! TOR! TOR! TOR! - - Tor für Deutschland! . . . 3:2 für Deutschland, fünf Minuten vor dem Spielende. Halten Sie mich für verrückt, halten Sie mich für übergeschnappt . . . Aus! Aus! Aus! - Das Spiel ist aus! Deutschland ist Weltmeister! Schlägt Ungarn mit drei zu zwei Toren im Finale in Bern.. "). So wie dem Reporter Zimmermann geht es den meisten Deutschen: das Ergebnis erscheint ihnen unfaßbar. Die "Helden von Bern" werden zu einer deutschen Nachkriegslegende: Sepp Herberger, der Bundestrainer, Fritz Walter, der "Regisseur", Toni Turek, der "Fußballgott", Helmut Rahn, der zweifache Torschütze, Max Morlock, Horst Eckel, Hans Schäfer und die anderen - bald kann jeder Knirps in Deutschland ihre Namen andächtig buchstabieren. Und die Erkenntnisse des "Bundes-Sepp" (Herberger) beherrschen noch heute, vierzig Jahre später, die einschlägigen Gespräche von Millionen Fußballexperten am Tresen und in privater Runde: "Der Ball ist rund, und das Spiel dauert neunzig Minuten . . ."

Aber im Ernst: Der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954 verschafft den Westdeutschen in der noch immer unter Besatzungsstatut stehenden und mühsam um ihre internationale Gleichberechtigung kämpfenden Bundesrepublik nach harten Jahren des Wiederaufbaus inmitten von Mißtrauen und fortdauernder Ächtung seitens des Auslands endlich ein Stück gemeinsamer Identität. Gewiß: gewonnen haben die Helden von Bern ("elf Freunde wollen wir sein"), die in der Heimat in einer endlosen Folge triumphaler Empfänge bejubelt werden - aber "wir" sind Weltmeister geworden, wir, die Deutschen, "sind wieder wer". - Das ist in jenen Tagen das weit verbreitete Gefühl in der Bundesrepublik, und in diesem Überschwang angesichts eines sportlichen Erfolges bündelt sich vieles - nicht zuletzt der Stolz auf den Wiederaufbau, das beginnende "Wirtschaftswunder" und die Anfänge eines bislang unbekanntenen Massenwohlstands.

Der Effekt des sensationellen Sieges in Bern wird noch gesteigert durch ein weiteres Ereignis, das sich - ebenfalls an diesem denkwürdigen Juli-Sonntag - im französischen Reims zuträgt. Dort kehrt Mercedes-Benz erstmals nach dem Krieg wieder in die Formel 1 zurück - und erringt mit Juan Manuel Fangio aus Argentinien und Karl Kling aus Deutschland auf Anhieb einen souveränen Doppelsieg für die "Silberpfeile". Die Bundesrepublik hat mit einem eindrucksvollen sportlichen Doppelschlag die internationale Bühne betreten.

Kohl und Gorbatschow: Letztes offizielles Treffen in Kiew

Am 5. Juli 1991 - heute vor drei Jahren - trifft Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Kiew zusammen. Erstmals seit den historischen Entscheidungen über die deutsche Einheit im Juli 1990 in Moskau und im Kaukasus begegnen sich beide wieder auf dem Boden der Sowjetunion; zum letzten Mal gesehen haben sie sich im November 1990, als Gorbatschow - auf den Tag genau ein Jahr nach der Öffnung der Berliner Mauer - zur Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages in die Bundesrepublik Deutschland gekommen ist.

Jetzt, in Kiew, geht es im unmittelbaren Vorfeld des Londoner Weltwirtschaftsgipfels vor allem um künftige Möglichkeiten weiterer westlicher Hilfe für die wirtschaftlich stark angeschlagene Sowjetunion. Bundeskanzler Kohl sieht sich zwar als Förderer Gorbatschows im Kreis der "G 7-Staaten" und wird nicht müde, deren Führer zu vermehrter Unterstützung der sowjetischen Reformbemühungen zu drängen; andererseits gibt der Kanzler aber auch klar zu verstehen, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht sind und es jetzt an den westlichen Verbündeten ist, auch ihrerseits finanzielle Beiträge zur Stabilisierung des wankenden Riesenreichs im Osten zu leisten. - Gorbatschows innenpolitische Bemühungen kreisen um den von ihm angestrebten neuen Unionsvertrag, der das Verhältnis zwischen der Moskauer Zentrale und den einzelnen Republiken auf eine neue Grundlage stellen, die staatliche Einheit der Sowjetunion aber unter allen Umständen bewahren soll. Die damit verbundenen Unsicherheiten sind allerdings nicht gerade ein Lockmittel für die dringend benötigten westlichen Investitionen.

Besser sieht es im bilateralen Verhältnis aus: Gorbatschow und Kohl gehen freundschaftlich und herzlich miteinander um; der Kanzler hat nicht vergessen, welchen Beitrag Gorbatschow zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands geleistet hat, und der sowjetische Präsident mißt den Beziehungen zu Deutschland ausschlaggebende Bedeutung für die Zukunft des eigenen Landes zu. Der Bundeskanzler kann zumindest zwei ganz wichtige Erkenntnisse mit nach Hause nehmen: Die letzten sowjetischen Atomwaffen sind wenige Tage zuvor aus dem Gebiet der früheren DDR zurückgezogen worden, und der Zeitplan für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland wird von Moskau exakt eingehalten.

Weder Kohl noch Gorbatschow können in Kiew ahnen, daß dies ihr letztes bilaterales Treffen in offizieller Funktion ist: sechs Wochen später wird in Moskau geputscht, und noch vor Ende des Jahres wird sich der sowjetische Staat aufgelöst haben.

Durchbruch für die "Soziale Marktwirtschaft"

Am 15. Juli 1949 - heute vor 45 Jahren - stellt die CDU in der britischen Besatzungszone auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf programmatische Leitsätze für die künftige Wirtschafts-, Sozial-, Wohnungsbau- und Agrarpolitik vor. Kernstück sind die Aussagen zur Wirtschaftsordnung, die als "Düsseldorfer Leitsätze" in die Geschichte eingehen und alle späteren CDU-Programme prägen werden. Eine Bundespartei gibt es zu dieser Zeit noch gar nicht; aber der Vorsitzende der CDU der britischen Besatzungszone, Konrad Adenauer, will die "Düsseldorfer Leitsätze" dezidiert als Wahl- und Regierungsprogramm der CDU in den drei Westzonen an die Öffentlichkeit bringen. Damit hat er Erfolg: Die anderen Landesverbände akzeptieren die handstreichartige Aktion, und die CDU geht mit dem Programm der "Sozialen Marktwirtschaft" in den ersten Bundestagswahlkampf der Nachkriegsgeschichte.

Das im Grunde gemeinwirtschaftliche Konzept des "Ahlener Programms" vom Februar 1947 ist damit faktisch ad acta gelegt. Mit seinem überragenden Gespür für das politisch Mögliche und Machbare und mit seinem wachen Sinn für den kommenden Wahlkampf hat Adenauer einer jahrelangen, mühseligen und zuweilen diffusen Diskussion ein Ende gemacht: Die "Düsseldorfer Leitsätze" sind nämlich nichts anderes als die Wiedergabe des wirtschaftspolitischen Konzepts von Ludwig Erhard, der mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 und mit seiner "Sozialen Marktwirtschaft" Furore gemacht hat. Adenauer geht es um den Gegensatz von "Planwirtschaft" und "Sozialer Marktwirtschaft", mit dem er wesentlich den Bundestagswahlkampf bestreiten wird. Erhard wiederum, dem liberalen Wirtschaftsprofessor, der auch von der FDP umworben wird, geht es darum, eine der großen Volksparteien auf sein Wirtschaftskonzept festzulegen, um im Falle eines Wahlsiegs die Wirtschaftsordnung der künftigen Bundesrepublik langfristig gestalten und sichern zu können.

Das ist der strategische Hintergrund des Bündnisses zwischen dem rheinischen Katholiken Konrad Adenauer und dem fränkischen Liberalen Ludwig Erhard - ein Bündnis, das nicht nur für die beiden Hauptakteure, sondern auch für die eben im Entstehen begriffene Bundesrepublik Deutschland von entscheidender und weittragender Bedeutung sein wird.

Von nun an versteht sich die CDU als Partei der "Sozialen Marktwirtschaft" - und sie hat später keinen Grund, die Entscheidung von Düsseldorf zu bedauern. Heute vor 45 Jahren ist dort - nach einleitenden Worten Adenauers - Ludwig Erhard der Hauptredner. Sein Zauberwort definiert er u.a. so: "Die "soziale Marktwirtschaft" ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt . . "

“Papa Heuss” wiedergewählt

Am 17. Juli 1954 - heute vor 40 Jahren - wird der seit 1949 amtierende erste Bundespräsident Theodor Heuss von der in Berlin tagenden Bundesversammlung mit überwältigender Mehrheit für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Der liberale Humanist und Schöngest, vielfache Buchautor, angesehene Universitätsprofessor und maßgebliche Mitgestalter des Bonner Grundgesetzes, dessen erste Wahl im September 1949 noch heftig umstritten gewesen ist, hat sich seitdem in knapp fünf Jahren im In- und Ausland ein überragendes Ansehen erworben. Er vereinigt Geist und Humor, höchste Bildung, Würde und ausgeprägte Selbstironie zu einer natürlichen Autorität, die ihn wie von selbst über die Parteien stellt und zu einem Staatsoberhaupt im besten Sinne des Wortes macht. Schon nach seiner ersten Wahl hat er dem neuen Amt des Bundespräsidenten bleibende Konturen verliehen; als er 1959 ins Privatleben zurückkehrt, hat er das Amt geprägt und hinterläßt einen Anspruch, an dem alle folgenden Bundespräsidenten gemessen werden.

Als Repräsentant der jungen, demokratischen Bundesrepublik ist er ein Glücksfall: Im Inneren fördert er die Identifikation der Bürger mit dem staatlichen Neubeginn nach den Schreckensjahren der Hitler-Diktatur, im Ausland verhilft er den Westdeutschen wieder zu Ansehen und Respekt. Gemeinsam mit dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, mit dem er sich bei aller Verschiedenheit der Persönlichkeiten und der politischen Kompetenzen fast ideal ergänzt, schafft er daheim und jenseits der Grenzen in wenigen Jahren ein Maß an Vertrauen in die freiheitliche Zukunft der Bundesrepublik, das dem neuen Staat ein festes Fundament gibt.

Und “Papa Heuss”, wie er liebevoll genannt wird, erfreut sich im Volk einer überragenden Popularität: Am Tag nach seiner Wiederwahl fährt er im offenen weißen Mercedes-Cabriolet unter dem Jubel von 90.000 Menschen ins Berliner Olympiastadion ein, wo er den “Helden von Bern” in unnachahmlicher Weise zum Gewinn der Fußballweltmeisterschaft gratuliert und den Silberlorbeer überreicht.

Das Attentat des 20. Juli

Am 20. Juli 1944 - heute vor 50 Jahren - scheidet im Hauptquartier Hitlers im ostpreußischen Rastenburg das Attentat des militärischen Widerstands auf den "Führer und Reichskanzler". Auf Hitlers Befehl sind Verbrechen verübt worden, die jede menschliche Vorstellungskraft übersteigen; Deutschland steht an allen Fronten überlegenen Feinden gegenüber; die militärische Situation ist nach der erfolgreichen Landung der West-Alliierten in Frankreich hoffnungslos; der von der eigenen Propaganda zum "größten Feldherrn aller Zeiten" ernannte Diktator steht kurz davor, Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte zu steuern. Als er neun Monate später durch Selbstmord endet, hinterläßt er nicht nur in materieller Hinsicht totale Zerstörung: auch die politische und moralische Verwüstung ist grenzenlos. Zudem verlieren in den knapp zehn Monaten zwischen dem 20. Juli 1944 und dem Kriegsende im Mai 1945 mehr Soldaten und Zivilisten ihr Leben als während der gesamten Zeit vom Kriegsausbruch 1939 bis zum gescheiterten Attentat in der "Wolfsschanze".

Hier stellt Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg in der Mittagsstunde des 20. Juli 1944 die Aktentasche mit der Bombe in unmittelbarer Nähe Hitlers unter dem Kartentisch ab, an dem die Besprechung der militärischen Lage stattfindet. Hitler kommt jedoch nur leicht verletzt davon; der in Berlin und bei der Heeresgruppe West in Paris angelaufene Staatsstreich bricht zusammen; Stauffenberg wird noch am Abend standrechtlich erschossen. Hitler nimmt furchtbare Rache: Die SS geht rücksichtslos gegen die Verdächtigen vor, die Verschwörer werden nach Schauprozessen teilweise qualvoll hingerichtet, die gesamte Widerstandsbewegung wird physisch vernichtet; selbst vor Sippenhaftung macht das Regime nicht halt.

Dennoch: Der Aufstand des Gewissens, die Auflehnung gegen Barbarei und Unmenschlichkeit sind ein Vermächtnis, das jenseits aller politischen Gegensätze zu jenem Grundkonsens gehört, auf dem 1949 die Fundamente der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden. - Von Henning von Tresckow, einem der führenden Mitverschwörer des 20. Juli, stammen die Worte: "Das Attentat muß erfolgen . . . Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig."

Fluchtbewegung aus der DDR

Am 21. Juli 1989 - heute vor fünf Jahren - dementiert die Bundesregierung in Bonn Vermutungen, sie wolle die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und ihre Botschaft in Budapest schließen. Hintergrund sind Zeitungsberichte über eine dramatische Zunahme der Zahl jener Menschen, die die Ständige Vertretung der Bundesrepublik aufsuchen und nur mit einer verbindlichen Ausreisezusage der DDR-Behörden wieder verlassen wollen. Tatsächlich verzeichnet die Ständige Vertretung seit Wochen einen kontinuierlich stärkeren Besuch von Deutschen aus der DDR; täglich sprechen dort zwischen 20 und 80 Personen vor, überwiegend um Rat in Übersiedlungsangelegenheiten zu suchen. Die meisten von ihnen - vor allem junge Ehepaare mit und ohne Kinder - stört es überhaupt nicht mehr, daß sie nach Verlassen der Vertretung den vor der Tür patrouillierenden Volkspolizisten Angaben zur Person und zu ihrem Anliegen machen müssen. Seit einigen Tagen jedoch halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach die Vertretung "von einer bisher nicht gekannten Welle von Ausreisewilligen" überrollt wird.

Regierungssprecher "Johnny" Klein äußert sich heute vor fünf Jahren auf Fragen von Journalisten in Bonn nur sehr zurückhaltend; immerhin räumt er aber eine Fluchtbewegung ein, die offenbar mit der Situation in der DDR zusammenhänge. Weil sich die SED-Führung konsequent gegen jede politische Reform wehre, wachse der Druck, denn die Menschen in der DDR sähen "kein Licht am Ende des Tunnels".

Genau so ist es: In Ost-Berlin, in Budapest, in Prag und in Warschau wird es für die Bonner Diplomaten immer schwerer, ausreisewilligen Menschen aus der DDR klarzumachen, daß die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik nicht die Schleuse für eine unmittelbare Übersiedlung in den Westen Deutschlands sein können. Doch es mehren sich die Anzeichen, die auf eine bevorstehende Flut hindeuten: Allein im ersten Halbjahr 1989 sind 332 Bewohner der DDR in die Bundesrepublik und nach West-Berlin geflohen, die meisten von ihnen auf gefährvollen Wegen über die innerdeutsche und die tschechoslowakische Grenze. Allein an dem Wochenende, das der Erklärung des Bonner Regierungssprechers folgt, fliehen 37 Menschen aus der DDR über die ungarisch-österreichische Grenze. Gleichzeitig ergeben Schätzungen des innerdeutschen Ministeriums, daß für 1989 insgesamt mit 80.000 bis 100.000 legalen Übersiedlern zu rechnen ist.

Unter dem Eindruck der teilweise dramatischen Veränderungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn - und angesichts der sturen Haltung der SED, die keinerlei Bereitschaft zu politischen Reformen erkennen läßt - , verlieren immer mehr Menschen in der DDR die Hoffnung auf eine persönliche Perspektive in ihrer Heimat. Aus der Fluchtbewegung wird jetzt eine Massenflucht, aus Dutzenden werden Tausende; keine drei Wochen nach dem Dementi der Bundesregierung muß die Ständige Vertretung wegen Überfüllung geschlossen werden. Und die Botschaften in Budapest, Prag und Warschau werden folgen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Thomas Mann erstmals wieder in Deutschland

Am 25. Juli 1949 - heute vor 45 Jahren - wird Thomas Mann in der Frankfurter Paulskirche mit dem Goethe-Preis der Stadt ausgezeichnet. Es ist einer von mehreren Höhepunkten der Feiern zum 200. Geburtstag des deutschen "Dichterstürzen", aber diese ist wohl die politischste von allen. Denn Thomas Mann, der Literaturnobelpreisträger des Jahres 1929, betritt zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder deutschen Boden. Und seine Festansprache anlässlich der Verleihung des Goethe-Preises kreist beileibe nicht nur um den "Olympier" aus Weimar.

Seit 1944 ist Thomas Mann amerikanischer Staatsbürger; in zahlreichen öffentlichen Aufrufen und Rundfunkreden hat er gegen die Nazi-Barbarei Stellung bezogen; seine Söhne haben in amerikanischer Uniform am Krieg teilgenommen; und auch jetzt ist der im kalifornischen Exil lebende Emigrant wider Willen noch keineswegs für immer nach Europa zurückgekehrt - das wird endgültig erst mit der Ansiedlung in Kilchberg (Schweiz) im Jahre 1954 geschehen. Überdies stößt die Tatsache, daß der Verfasser der "Buddenbrooks", des "Zauberbergs" und des "Doktor Faustus" im Anschluß an die Ehrung in der Paulskirche nach Weimar reist, um auch den dortigen Goethe-Preis entgegenzunehmen, auf Kritik und Unverständnis; im Westen Deutschlands wird ihm dies vielfach als überflüssige und mißverständliche Verbeugung gegenüber den Verhältnissen in der sowjetischen Besatzungszone ausgelegt.

Gleichwohl ist es eine denkwürdige Rede, die der von den Nazis geächtete und ausgebürgerte Schriftsteller heute vor 45 Jahren in der Paulskirche hält: Er spricht von den Qualen der erzwungenen Emigration und von dem "Affekt des Hasses", den er "ohne das deutsche Unheil gewiß nie kennengelernt hätte". Stets sei es ihm darum gegangen, "einer erschreckten Welt und im Grunde mir selbst Mut zuzusprechen . . . , daß dieses vor Gott und den Menschen unmögliche Regime nicht bestehen könne". Immer habe er in dem Konflikt gestanden, "der so gut der meine wie der gleichfühlender Menschen in Deutschland war: dem Konflikt, daß ja, wie die Dinge lagen, der Untergang des Nazi-Regimes gleichbedeutend war mit der nationalen Katastrophe, dem Sturz, der Erniedrigung und Zerreißung Deutschlands". Dennoch: Die Welt - und Deutschland - mußten von Hitler und seiner Herrschaft befreit werden; und auch, wenn "ich weiß, daß der Emigrant in Deutschland wenig gilt", so tritt der wohl bedeutendste deutsche Schriftsteller des 20. Jahrhunderts seinen Kritikern im Jahre 1949 doch entschlossen entgegen: "Willkommen oder nicht, ich hätte es als einen Flecken in meinem Leben empfunden, wenn ich dem Genius Goethes nur auswärts gehuldigt und auch dabei Deutschland gemieden hätte."

Bonn garantiert DDR-Kredit

Am 25. Juli 1984 - heute vor zehn Jahren - erhält die DDR zum zweiten Mal innerhalb von nur dreizehn Monaten einen "Milliardenkredit" aus dem Westen Deutschlands. Genau genommen handelt es sich diesmal nur um 950 Millionen DM, aber der Hintergrund und die wechselseitige Interessenlage hat sich gegenüber dem im Juni 1983 vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß "eingefädelten" ersten Kredit nicht verändert: Die DDR braucht dringend Devisen und ein Signal zugunsten ihrer internationalen Kreditwürdigkeit, und die Bundesrepublik Deutschland drängt unverändert auf weitere menschliche Erleichterungen im geteilten Land.

Deshalb beschließt das Bundeskabinett heute vor zehn Jahren eine Garantie für den neuen Bankenkredit, die allerdings für Bonn ohne jedes Risiko ist, weil die DDR ihrerseits Forderungen aus der Transitpauschale an die Bundesrepublik abgetreten hat. Anders als noch beim ersten Kredit, der nach einiger Zeit von der DDR mit der Senkung des Mindestumtausches für Jugendliche und dem Beginn des Abbaus der Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze beantwortet wurde, gibt Bonn diesmal unmittelbar die Zugeständnisse bekannt, die Ost-Berlin in "eigener Souveränität" zugesagt hat: Am wichtigsten sind die Senkung des Mindestumtausches für alle Rentner und die erweiterten Möglichkeiten im sogenannten "kleinen Grenzverkehr". Zudem hat Ost-Berlin ausdrücklich versichert, daß der Abbau der Selbstschußanlagen konsequent und beschleunigt zu Ende gebracht wird und "alte Anlagen" weder durch neue noch durch modernisierte Anlagen ersetzt werden. Zusagen der DDR gibt es auch im Bereich der Familienzusammenführung; tatsächlich sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 1984 schon 27.182 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt; im ganzen Jahr 1983 waren es 7.729.

Bemerkenswert ist das Kredit-Geschäft auch vor dem Hintergrund des gespannten Ost-West-Verhältnisses. Im Zeichen der "NATO-Nachrüstung" verschärft sich nämlich die gegen Bonn gerichtete Polemik aus Moskau, Warschau und Prag, während sich Ost-Berlin ganz ungewohnt zurückhält. Der Bundesregierung kann es nur recht sein: sie verbindet Prinzipientreue mit politischer Flexibilität, um auch in schwierigen Ost-West-Zeiten das politisch Machbare für die Menschen im anderen Teil Deutschlands herauszuholen. Alles, was den Reiseverkehr leichter macht, festigt überdies den gesamtdeutschen Zusammenhalt. Und darum muß es einer Politik gehen, die auch "im Schatten der Raketen" deutsche Wiedervereinigung auf lange Frist offen halten will.